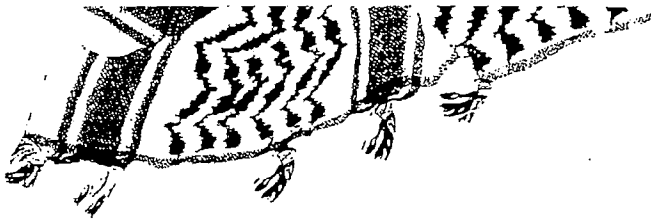


Bericht von der LAW-Konferenz



Von Ludwig Watzal, Bonn

„Jerusalem als das Zentrum des palästinensischen Bewußtseins und Heimat für über 200.000 Palästinenser ist unter permanentem ‚Belagerungszustand‘. Die Lage und der Schutz der Menschenrechte sind heute dringender als jemals zuvor.“

Mit diesen Worten eröffnete Khader Shkirat, Direktor der palästinensischen Menschenrechtsorganisation LAW, die Konferenz: *„Kultur und Gemeinschaft in Jerusalem. Strategien zum Schutz und Förderung von Menschenrechten“* in Jerusalem, die vom 5. bis 7. Juni stattfand. Jerusalem, die Menschenrechte und die Gründung eines Staates standen im Mittelpunkt der Konferenz, die von über 600 Teilnehmer(innen) besucht wurde.

An Jerusalem, so machten fast alle Redner klar, entscheide sich der gesamte Friedensprozeß. Sie verurteilten die fortdauernde Unterdrückung, die Ungerechtigkeiten und die Diskriminierungen gegenüber den Palästinensern. Das Gespenst eines „neuen rassistischen Südafrika“ in Form der „Bantustans“ wurde an die Wand gemalt. Völkerrechtlich seien alle Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht null und nichtig, solange Yassir Arafat nicht einen endgültigen Vertrag unterschreibe. Sollte dies geschehen, würde auch die Generalversammlung dies anerkennen und damit sei der Konflikt erledigt, so Professor Colm Campbell von der Universität Ulster in Nordirland.

Politik im Nahen Osten kann ohne die religiöse Dimension nicht begriffen werden. Jerusalem als das Zentrum der drei monotheistischen Religionen kann somit nicht allein durch Israel kontrolliert werden. Nimmt man die Ausführungen des Rabbiners Jeremy Milgrom von *„Clergy for Peace“* ernst: „Zion kann nur durch Gerechtigkeit erlöst werden“, so ist der Alleinvertretungsanspruch Israels auch religiös nicht haltbar. Auch die Verbindung von Religion und Nationalismus, wie es die Nationalreligiöse Partei (*Mafdal*) propagiere, sei mit dem Judentum nicht zu vereinbaren. „Wir müssen wegkommen vom Nationalismus und den Islam und das Christentum als Partner behandeln“, so der Rabbiner. Solange Israel Moscheen in Bars, Restaurants, Fabriken oder Galerien umfunktioniere, solange könne man die Menschen nicht von Versöhnung überzeugen, betonte der Islamwissenschaftler Mustafa Abu-Sway.

Die Frage eines palästinensischen Staates und der Status Jerusalems und der seiner Bürger beunruhigte zahlreiche Redner. Azmi Bishara, Knessetabgeordneter und israeli-

scher Palästinenser, sprach sich gegen einen eigenen Staat aus, obwohl er proklamiert werden wird. „In der Logik des Friedensprozesses bin ich gegen einen eigenen Staat.“ Nicht der Staat sei primär, sondern die Überzeugung der Weltöffentlichkeit von der „gerechten Sache“. Der augenblickliche Friedensprozeß sei zutiefst ungerecht. Israel und die Vereinigten Staaten werden aber in den kommenden Monaten soviel Druck auf Arafat ausüben, daß dieser die ihm aufgewungenen Konditionen akzeptieren werde. Die Rolle der Europäischen Union schätzt der Abgeordnete nicht sehr hoch ein: „Europa ist der Forschungsassistent Israels und der USA.“ Nach der Staatsgründung werde man mit Israel über alles das verhandeln, über was bereits jetzt keinerlei Einigung erzielt werden konnte.

Es gibt in Israel und Palästina nach wie vor zahllose Menschenrechtsverletzungen. Trotzdem bezeichnete Lea Tsemel, israelische Menschenrechtsanwältin, das letzte Jahr als ein Jahr „großer Erfolge für die Menschenrechte“. Als ein Beispiel nannte sie das Urteil des Israelischen Obersten Gerichtes, in dem dem Inlandsgeheimdienst Shin Bet Folter untersagt wurde. Dieser Erfolg war nur aufgrund einer engen Zusammenarbeit zwischen einzelnen Anwälten und den Menschenrechtsorganisationen möglich. Auch die Entscheidung des Parlaments, ein speziell eingebrachtes Gesetz, in dem Folter wieder legalisiert werden sollte, wurde für zwei Jahre ausgesetzt.

Mit welchen Herausforderungen es die palästinensische Führung zu tun hat, zeigte der holländische Kartograph und Planer Jan de Jong. Anhand von detaillierten Karten und dem Dorf Anata in der Nähe Jerusalems erläuterte er, was den Palästinensern von israelischer Seite bevorsteht, wenn sie weiter ihre politische Agenda gegen die Menschen vor Ort durchsetzen. De Jong plädierte für ein koordiniertes Vorgehen von unten nach oben. Das Szenario, das er entwarf, war für die Palästinenser mehr als düster. Ob die palästinensische Führung an diesen Einwänden interessiert ist, darf bezweifelt werden, da sie offiziell nicht vertreten war. Auf der Grundlage der zu erwartenden Verträge wird sich der Konflikt endlos fortsetzen.

